

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 72 (1994)
Heft: 3

Artikel: Weg vom kapitalistischen Wirtschaftswachstum!
Autor: Kästli, Tobias
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341092>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weg vom kapitalistischen Wirtschaftswachstum!

In den siebziger
Jahren wurden in
der SPS wieder
antikapitalistische
Töne hörbar; das
war eine Folge
der 68er
Bewegung.

Kapitalismus ist eine Wirtschaftsform, die geeignet ist, wirtschaftliches Wachstum zu produzieren, allerdings mit periodisch wiederkehrenden Krisen und bei gleichzeitiger Produktion wachsender Ungleichgewichte. Die Sozialdemokratie wollte seit

Tobias Kästli

ihrer Gründung vom Kapitalismus nur das Wachstum, nicht aber die Krisen und die Ungerechtigkeiten. Während der Weltwirtschaftskrise der dreissiger Jahre stellte sie den Kapitalismus gerade deshalb in Frage, weil sie bezweifelte, dass er ein genügendes Wirtschaftswachstum und damit Beschäftigung für alle garantieren könne. Die damals von der SPS vorgeschlagene Alternative sah so aus: Durch *Verstaatlichung* der Schlüsselindustrien und der Banken und durch Aufstellen eines *Wirtschaftsplans* soll der Staat ordnend in die Volkswirtschaft eingreifen und so eine krisenfreie Entwicklung im Sinn von Wohlstand für alle vorantreiben. Der kriselnde Kapitalismus sollte nach und nach, aber doch in absehbarer Zeit, durch eine sozialistische Gemeinwirtschaft verdrängt werden. Die Arbeitslosen, die unter der Krise am meisten litten, sollten diesen Prozess vorantreiben. Im SPS-Parteiprogramm von 1935 hiess es: „Die Sozialdemokratie fördert unter den Arbeitslosen die Erkenntnis von der Notwendigkeit und Unausweichlichkeit einer vollständigen Umgestaltung der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Sinne der sozialistischen Gemeinwirtschaft.“

1935—1959: Die SPS akzeptiert den Kapitalismus

Die vorgesehene Verdrängung oder Überwindung des Kapitalismus gelang nicht, war nach dem Zweiten Weltkrieg auch gar nicht mehr erwünscht. Eine lange Phase des fast ungebrochenen Wirtschaftswachstums („Hochkonjunktur“) machte die SP-Leithammel glauben, der Kapitalismus habe in Verbindung mit der vom englischen Nationalökonom John Maynard Keynes entwickelten Methode der staatlichen Wirtschaftssteuerung eine Methode entwickelt, die eine weitgehend krisenfreie Wirtschaftsentwicklung mit Vollbeschäftigung garantiere. In ihrem neuen Parteiprogramm von 1959 verlangte die SPS nicht mehr „eine vollständige Umgestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“, sondern zeigte ihr prinzipielles Einverständnis mit dem keynesianisch abgefederten kapitalistischen System. In theoretischer Übereinstimmung mit den bürgerlichen „Sozialpartnern“ setzte sie sich für „Steigerung der Produktivität“, „Freiheit des Konsums“, „wachsendes Einkommen“ und „fairen Wettbewerb“ ein.

In den siebziger Jahren änderte die Stimmung; in der SPS wurden wieder antikapitalistische Töne hörbar. Das war einerseits eine Folge der 68er Bewegung, andererseits ein Reflex auf die durch das Wirtschaftswachstum verursachten ökologischen Schäden und auf die erneut auftretenden Rezessionen. Daraus entstand die Forderung nach einer Wirtschaftsordnung, die

einerseits ein stetiges Wachstum garantierte, andererseits aber ökologische Schäden vermeiden sollte. Die alten Rezepte für einen Ausstieg aus dem Kapitalismus und den Übergang zum Sozialismus, also die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und der Wirtschaftsplan, waren aber durch den „Realsozialismus“ gründlich diskreditiert worden und hatten auch zum Beispiel in einer gemässigten englischen Form nicht die erhofften Resultate gebracht. Notwendig schien ein von Grund auf neu formuliertes Wirtschaftskonzept, eine neu formulierte Alternative zum Kapitalismus.

Ökologie und Selbstverwaltung

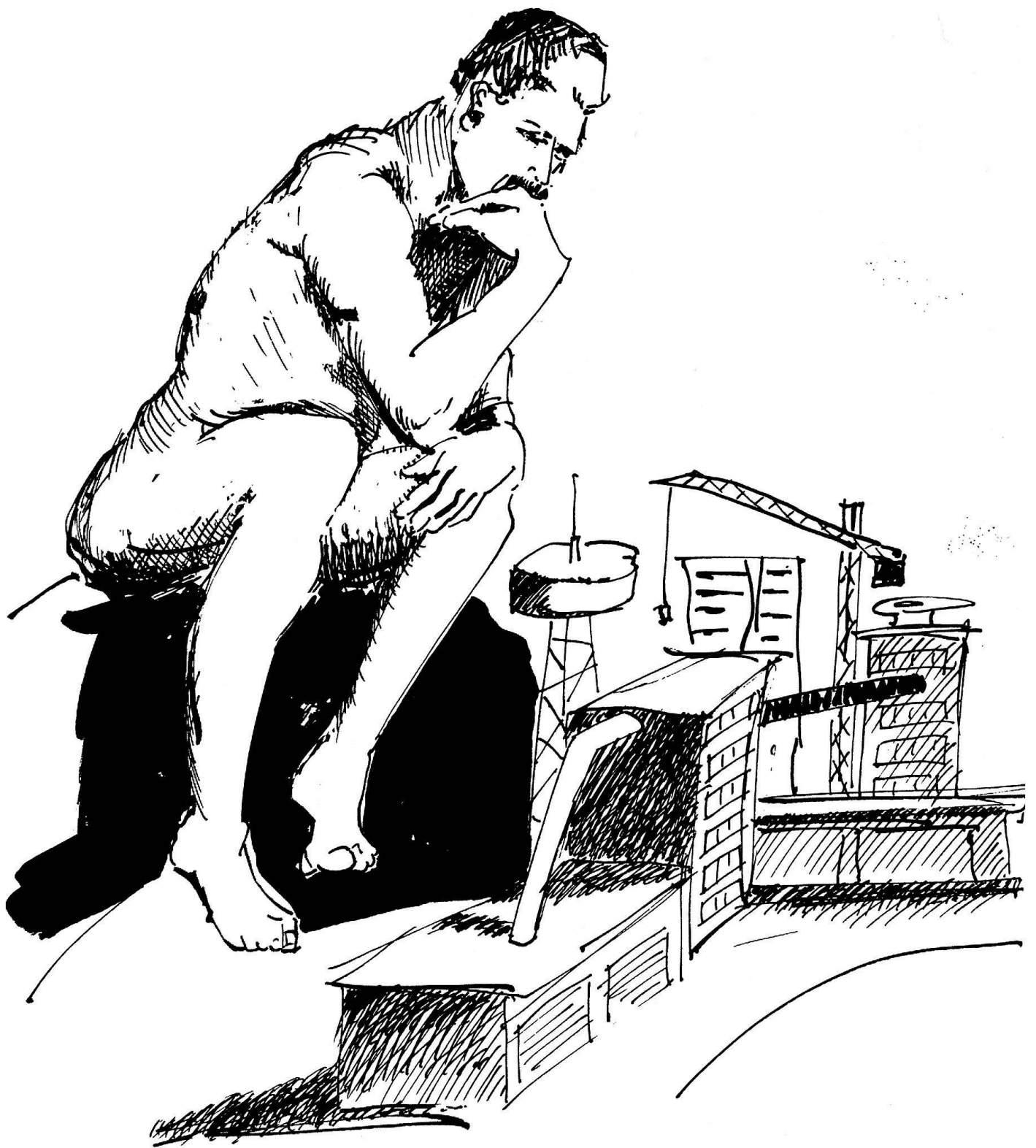
Für viele Linke war die Forderung nach umweltverträglichem Wirtschaftswachstum ein Widerspruch in sich selbst. Sie stellten die Ökologie in den Vordergrund und verlangten eine Abkehr von der Wachstumswirtschaft. Die vom „Club of Rome“ aufgezeigten Grenzen des Wachstums waren allmählich ins allgemeine Bewusstsein aufgestiegen. „Small is beautiful“ wurde zu einem oft zitierten Schlagwort, und als Gegenmodell zur Wachstumswirtschaft wurde die selbstgenügsame Selbstverwaltungswirtschaft propagiert. Darin sahen viele die Möglichkeit eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. Das Prinzip der Selbstverwaltung meinte eine radikale Demokratisierung aller gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereiche, eine Überwindung der Logik des Kapitals, die das Wachstum erzwingt, und damit auch einen Ausbruch aus der Entfremdung in der warenproduzierenden Gesellschaft. Durch Selbstverwaltung sollte die Ökonomie den demokratisch formulierten gesellschaftlichen Zielen untergeordnet werden. Diese Ideen erfassten auch einen Teil der SPS und bestimmten die Diskussion um ein neues Parteiprogramm. Eine Kommission erarbeitete einen Programmentwurf, in dem

die Selbstverwaltung zum gesellschaftlichen Grundprinzip erhoben wurde. Der Entwurf wurde aber von der Geschäftsleitung der SPS als „zu einseitig“ abgelehnt. 1982 verabschiedete der Parteitag in Lugano ein Kompromissprogramm, das gewisse kapitalismuskritische (wachstumskritische) Abschnitte, aber keine prägnanten wirtschaftspolitischen Thesen enthielt.

Neoliberalismus oder Keynesianismus

In den achtziger Jahren feierten der Neoliberalismus (Zurückdämmen des öffentlichen Sektors, Deregulierung) und der „Kasinokapitalismus“ (Anhäufung grosser Vermögen durch reine Finanzgeschäfte und ohne entsprechende Mehrproduktion) Urstände. Spektakuläre Pleiten à la Rey bildeten dann den Auftakt zu einer neuen Rezession Anfang der neunziger Jahre. Der Neoliberalismus, dessen verheerende soziale Auswirkungen in England und den USA längst sichtbar waren, verlor an Prestige. Die Arbeitslosenzahlen stiegen auf ein Jahrhunderthoch. Aber trotzdem sprach die Linke – anders als in den dreissiger Jahren – nicht mehr davon, der Kapitalismus habe abgewirtschaftet und müsse durch eine sozialistische Wirtschaftsordnung ersetzt werden. Warum nicht? Seit 1989 brachen die „realsozialistischen“ Wirtschaftssysteme in den Oststaaten wie Kartenhäuser zusammen, und die Rechte nützte diese welthistorischen Vorgänge geschickt aus, um den Sozialismus insgesamt zu diskreditieren. Die Neoliberalen hatten wieder Aufwind. Die in die Defensive gedrückte Linke insgesamt, speziell die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, sahen ihre Aufgabe darin, das soziale Netz nicht ganz aufreissen zu lassen und im übrigen staatliche Mittel zur Ankurbelung der Wirtschaft zu fordern (antizyklische Wirtschaftspolitik im Sinne Keynes'). Die Wachstumsskepsis rückte in den Hintergrund; die Ökologie hat das Nachsehen.

Als Gegenmodell zur Wachstumswirtschaft wurde die selbstgenügsame Selbstverwaltungswirtschaft propagiert.



Staatliche Steuerung und selektives Wachstum

Wirtschaftswachstum scheint vielen SozialdemokratInnen schon deshalb unabdingbar, weil nur eine wachsende Wirtschaft den „Reichtumsüberschuss“ erzeugen, der im Sinn eines sozialen Ausgleichs denjenigen zugute kommen muss, die sich an der Wachstumswirtschaft aus unterschiedlichen Gründen nicht beteiligen können, also den Pensionierten, den Invaliden, den Kindern. Der Staat, der für die solidarische Umverteilung der Mittel besorgt sein muss, sei darauf angewiesen, aus einer wachsenden Wirtschaft wachsende Mittel zu beziehen, denn nur so könne er soziale Sicherheit und zunehmende Gerechtigkeit herstellen. Der Ausbau des Wohlfahrtsstaates sei auch aus Gründen der Gleichstellung von Frau und Mann nötig: Erst die durch die öffentliche Hand subventionierte professionelle Betreuung der Kinder, Kranken und Alten erlöse die Frauen von ihrer Doppelbelastung durch Beruf und Familie.

Die Mehrheitsströmung in der Sozialdemokratie will also Wirtschaftswachstum, und solange der Kapitalismus dies ermöglicht, wird er von dieser Seite nicht in Frage gestellt. Gleichzeitig möchten aber alle den durch die Wachstumswirtschaft verursachten ökologischen Schäden wirksam begegnen. Das von Erhard Eppler (SPD-Grundwertekommission) schon 1981 ins Spiel gebrachte „selektive Wachstum“ scheint in Ansätzen eine Lösung zu bieten. In diesem Modell des selektiven Wachstums geht es nicht um eine „Abschaffung des Kapitalismus“, sondern um einen Umbau oder eine Zähmung desselben. Der Kapitalismus soll durch gesetzliche Schranken und Leitplanken einerseits, durch marktverträgliche Steuerungsinstrumente andererseits dazu gezwungen werden, sich in Bereichen zu entwickeln, die ökologisch und sozial verträglich scheinen. Mittlerweile hat auch

der fortschrittliche Teil des Bürgertums dieses Konzept übernommen. Die Ergebnisse sind allerdings bis heute nicht gerade berauschend.

Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit

Ein anderer Reformansatz, der seit einiger Zeit wieder vermehrt diskutiert wird, scheint radikaler, könnte dem kapitalistischen Wachstum eher an die Wurzeln gehen und vielleicht sogar eine neue, nicht entfremdete Art des Reichtums schaffen: Die massive Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit. Die Grundidee ist einfach: Jede Steigerung der Produktivität muss in Arbeitszeitverkürzung umgesetzt werden; so nimmt einerseits die Warenproduktion insgesamt nicht zu, was aus ökologischen Gründen notwendig ist. Andererseits wird die verbleibende Erwerbsarbeit besser auf alle erwerbsfähigen Frauen und Männer verteilt, was aus sozialen Gründen erwünscht ist. Das neue SP-Wirtschaftskonzept steht im Prinzip auf diesem Boden. Ganz klar wird dort gesagt, die mit Hilfe der Wissenschaft erreichten Produktivitätszuwächse der kapitalistischen Wirtschaft seien heute derart hoch, dass der Abbau der Arbeitslosigkeit durch weitere Steigerung von Produktion und Dienstleistungen nicht mehr möglich sei. Nur durch eine massive Verkürzung der Arbeitszeiten könne dem Problem der Massenarbeitslosigkeit wirksam begegnet werden.

Die Arbeitszeitverkürzung entspricht übrigens einer alten Tradition der Sozialdemokratie. Schon die 1889 in Paris gegründete zweite (sozialistische) Internationale propagierte „acht Stunden Arbeit, acht Stunden Musse, acht Stunden Schlaf“, und dies zu einer Zeit, als 10 bis 12 Stunden pro Tag üblich waren. In der Schweiz wurde die Forderung nach dem 8-Stunden-Tag in die Forderung nach der 48-Stunden-Woche umgebogen. Nach dem Generalstreik von 1918 konnte diese wichtige Forderung der Arbeiterbewe-

**Im Modell des
„selektiven
Wachstums“ geht
es um einen
Umbau oder eine
Zähmung des
Kapitalismus.**

gung durchgesetzt werden. Heute, da nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen für sich das Recht auf Erwerbsarbeit beanspruchen, sich die Zahl der Erwerbstätigen also verdoppelt, müsste eigentlich die Erwerbsarbeitszeit halbiert, auf 24 Stunden pro Woche gesenkt werden.

Die Produktivitätszuwächse sind heute so hoch, dass ein Abbau der Arbeitslosigkeit allein durch weitere Steigerung der Produktion nicht möglich ist.

Freizeit und Konsum

Die Arbeitszeitverkürzung war in der Frühzeit der Sozialdemokratie eine Forderung im Sinn einer besseren Lebensqualität für die (männliche) Arbeiterschaft. Unter dem Eindruck wachsender Arbeitslosigkeit wurde sie aber auch zu einer wirtschaftspolitischen Forderung. So hiess es im SPS-Programm von 1935: „Als wirkungsvollstes Mittel zur Milderung der Arbeitslosigkeit erachtet die Sozialdemokratie eine Reduktion der Arbeitszeit, die mit der Vervollkommnung des Produktionsapparates immer weitergehend durchgeführt werden kann.“ In der Zeit der Hochkonjunktur nach dem Zweiten Weltkrieg trat die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung in den Hintergrund, weil es trotz relativ langen Arbeitszeiten immer noch ein Überangebot an Arbeitsplätzen gab. Der Massenkonsum schien fähig, auch ohne Arbeitszeitverkürzung die wachsende Gütermenge zu schlucken. Die Produktivität nahm zu, die Arbeitszeit kaum ab. Das Bedürfnis nach Arbeitszeitverkürzung, nach längerer Erholungszeit, wäre schon vorhanden gewesen, denn die Arbeit in den durchrationalisierten Betrieben wurde immer härter. Aber die ArbeitgeberInnenseite wehrte sich dagegen, lockte die ArbeitnehmerInnen lieber mit wachsenden Löhnen. Aber diese Löhne mussten auch ausgegeben, verkonsumiert werden. Insofern die Freizeit umsatzsteigernde Konsumzeit ist, hat auch das Kapital Interesse an wachsender Freizeit. Trotzdem machte die Arbeitszeitverkürzung weiterhin nur langsame Fortschritte.

Gorz: Sozialismus von der „Freizeit“ her denken

Seit Jahren vertritt der französische Philosoph und Sozialist André Gorz die Ansicht, eine weitgehende Arbeitszeitreduktion müsse von der Linken zur zentralen wirtschaftspolitischen Forderung erhoben werden. Er hat eine neue Perspektive entwickelt, indem er unter Sozialismus nicht ein wirtschaftliches und gesellschaftliches „System“ versteht, sondern eine Emanzipationsbewegung, durch welche die ökonomische Rationalität den allgemeinen und demokratisch definierten gesellschaftlichen Zielen untergeordnet wird. Er kritisiert den Kapitalismus als eine unökologische, inhumane Wachstumsmaschine und warnt vor der Zweidrittelsgesellschaft, in der ein Drittel der erwerbsfähigen Bevölkerung aus dem Produktionsprozess hinausfällt und materiell und ideologisch an den Rand gedrängt wird. Gegen diese Ausgrenzung setzt er das *Recht auf Erwerbsarbeit* für alle Frauen und Männer. Niemand darf von der Erwerbsarbeit ausgeschlossen werden, denn diese schafft den Zugang zum Sozialversicherungsnetz. Sobald die Frauen in dieser Beziehung nicht mehr diskriminiert werden, müssen sie nicht mehr über behelfsmässige Konstruktionen (AHV-Splitting, Erziehungsgutschrift) abgesichert werden, sondern können sich durch ihre Erwerbsarbeit selbst absichern. Für Leute, die nicht erwerbsfähig sind (Kinder, Invalide, Alte) gibt es einen Versicherungsschutz, der nicht an die Erwerbsarbeit gebunden ist.

Die Verallgemeinerung der Erwerbsarbeit ist nur möglich, wenn sie zeitlich stark verkürzt und dafür die „Freizeit“ verlängert wird. Diese Einsicht ist heute allgemein akzeptiert und keine Gorzsche Spezialität. Speziell bei Gorz ist aber, dass in seinem sozialistischen Entwurf die Freizeitsphäre und nicht die Sphäre der Erwerbsarbeit entscheidend ist. Freizeit ist

nicht arbeitsfreie Zeit, sondern Zeit selbstbestimmter, unbezahlter Tätigkeit. Ein grosser Teil der Freizeitarbeit ist gesellschaftlich notwendig (Kinderaufzucht, Betreuung Alter und Kranker, Kulturarbeit, politische Arbeit). Es ist wichtig, die gesellschaftliche Bedeutung der unbezahlten Arbeit sichtbar zu machen und sie aufzuwerten. Ausserdem muss sie, wie die Erwerbsarbeit, gerechter zwischen Frauen und Männern aufgeteilt werden.

Sozialismus ist wachsende Autonomie^{*)}

Wenn die „Freizeit“ über eine bestimmte Grenze hinauswächst, bekommt sie eine neue Qualität; sie ist nicht mehr der Erwerbsarbeitszeit untergeordnet, sondern wird als wichtiger Teil unseres Lebens anerkannt. Sie bekommt einen neuen Sinn: sie ist nicht mehr in erster Linie Konsumzeit, sondern Zeit selbstbestimmter Tätigkeit. Unter dieser Voraussetzung ist die Forderung nach mehr Lohn oder nach Besitzstandswahrung nicht mehr so zentral. Gorz ist zwar der Meinung, die Arbeitszeitreduktion sollte, wenn sie im Gleichschritt mit der Produktivitätszunahme erfolgt, im Prinzip ohne Lohnreduktion möglich sein, aber er schliesst auch Arbeitszeitreduktion mit proportionalem Lohnabbau nicht aus.

Die Forderung nach massiver Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit hat noch einen wei-

^{*)} Autonomie wird von feministischer Seite als typisch männlicher Begriff kritisiert: Die Selbstbestimmung des Mannes sei nur möglich vor dem Hintergrund der Abhängigkeit der Frau; das Streben nach Autonomie habe sehr viel mit übersteigertem Individualismus, Narzissmus oder gar Autismus zu tun habe. Aus Frauensicht gehe es um das Selbst in der Gemeinschaft, um eine bessere Gestaltung der Abhängigkeitsverhältnisse, ohne die gesellschaftliches Leben gar nicht möglich sei. — Diese Kritik hat viel für sich. Letztlich handelt es sich aber um eine Definitionsfrage. Autonomie bedeutet bei Gorz, die Frage nach dem Sinn des eigenen Tuns stellen zu können. Das widerspricht nicht der unübersehbaren Tatsache, dass wir immer und überall in Abhängigkeiten verstrickt sind.

teren Aspekt: Anders als Marx glaubt Gorz nicht daran, dass Produktivitätsfortschritt und Automatisierung wie von selbst dazu führen, dass wir die Entfremdung in der Erwerbsarbeit überwinden, uns zu Herren der Maschine machen. Bei allen Anstrengungen zur Humanisierung der Arbeitswelt wird es wohl noch lange so bleiben, dass wir uns in der Erwerbsarbeit fremdbestimmt fühlen, weil wir uns der Logik der Profitmaximierung unterwerfen müssen. Trotzdem gibt es eine sozialistische Perspektive: Wenn die fremdbestimmte Erwerbsarbeitszeit (Heteronomie-Sphäre) massiv reduziert wird, kann sie nicht mehr die Freizeit kolonisieren und sie auf den Status blosser Konsumzeit reduzieren; der Werbeindustrie gelingt es nicht mehr zu bestimmen, was für uns gut ist; wir wollen das selber herausfinden. Umfragen bei Fabrikarbeitern, die zu Kurzarbeit gezwungen waren, haben gezeigt, dass sich ihr Freizeitverhalten ändert, dass sie autonomer und kreativer werden, wenn sich ihre „Freizeit“ wesentlich verlängert. Es ist ihnen nicht mehr möglich, die Freizeit mit Biertrinken vor dem Fernseher „totzuschlagen“, sondern sie stellen sich plötzlich die Frage, was sinnvoll und nützlich sei. Freizeit wird in kreativer und sozialer Art genutzt und als selbstbestimmter Teil unseres Lebens erfahren. Die Erwerbsarbeitszeit kolonisiert nicht mehr die Freizeit, sondern umgekehrt besteht die Chance, dass die neu erworbene Selbstbestimmung von der „Freizeit“ (Autonomie-Sphäre) auf die Erwerbsarbeitszeit (Heteronomie-Sphäre) zurückschlägt. Erst jetzt wird mehr Autonomie auch in der Erwerbsarbeitszeit möglich. Eine Gesellschaft aber, in der die Menschen nicht mehr von der Logik des Kapitals beherrscht werden, sondern ihr Handeln nach dem ausrichten, was sie als sinnvoll erkannt haben, ist nicht mehr eine kapitalistische Gesellschaft. So gesehen weist Gorz den Weg zur Überwindung des Kapitalismus und des zerstörerischen Wirtschaftswachstums. ●

**Niemand darf
von der Erwerbs-
arbeit ausge-
schlossen
werden, denn
diese schafft den
Zugang zum
Sozialversiche-
rungsnetz.**